SPD RITA SCHWARZELÜHR-SUTTER

Für Sie im Deutschen Bundestag

# Newsletter

vom 26. Februar 2018

# Die Themen aus Berlin und dem Wahlkreis im Überblick


**ElterngeldPlus kommt an** ..... **1**

**Staatsterror in Syrien muss enden** ..... **2**

**Flughafen Mega-Pläne nicht zulasten der deutschen Nachbarn** ..... **3**

**Schülerinnen und Schüler der Klassen 10b und 10c des Klettgau-Gymnasiums Tiengen zu Besuch** ..... **3**

**Das Land wirft der Bahn „krasse Managementfehler“ bei der Bereitstellung von Zugmaterial vor** ..... **3**

# Neues aus Berlin

## ElterngeldPlus kommt an

| Immer mehr Eltern entscheiden sich für das ElterngeldPlus und den Partnerschaftsbonus, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Das zeigt ein von der Bundesregierung vorgelegter Bericht, der am Freitag im Bundestag diskutiert worden ist (Drs. 19/400).

Seit Mitte 2015 haben Eltern mit dem von der SPD-Fraktion durchgesetzten ElterngeldPlus mehr Wahlfreiheit: Statt maximal 14 Monate das Basiselterngeld zu beziehen, können sie sich auch für die Plus-Variante entscheiden. Sie arbeiten dabei in Teilzeit weiter und erhalten maximal die Hälfte des normalen Elterngeldes, dafür aber doppelt so lange. Der Vorteil: Eltern können sich um die Kinder kümmern und trotzdem arbeiten. Frauen können besser wieder in den Beruf einsteigen, Männer haben trotz Job mehr Zeit für die Kinderbetreuung.

„Viele Väter wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie, viele Mütter wünschen sich mehr Zeit für ihren Beruf. Eine Antwort auf diese Wünsche ist das ElterngeldPlus", betonte Bundesfamilienministerin Katarina Barley im Bundestag. Es unterstütze die Familien dabei, die Kinderbetreuung partnerschaftlich aufzuteilen. Gleichzeitig beachte es die vielfältigen Familien- und Erwerbsmodelle. „Und wir stärken die wirtschaftliche Stabilität der Familien. Denn Erwerbstätigkeit ist die beste Versicherung gegen Familienarmut", so Barley.

**Immer mehr Eltern entscheiden sich wählen ElterngeldPlus**

Der jetzt vorgelegte Bericht zeigt, dass das ElterngeldPlus sehr gut angenommen wird. So stieg vom dritten Quartal 2015 bis zum dritten Quartal 2017 der Anteil der Eltern, die die Leistung beantragt haben, von 13,8 auf 28 Prozent aller Elterngeldbezieher. Katarina Barley: „Insbesondere Väter sagen, dass sie durch das Elterngeld Plus ermutigt werden, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen".

Rund 27 Prozent der Väter, die ElterngeldPlus beantragten, entschieden sich zugleich für den Partnerschaftsbonus. Diesen Bonus erhalten Eltern, die sich für eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Arbeitszeit entscheiden. Wenn sie beide gleichzeitig zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten, erhalten sie vier zusätzliche ElterngeldPlus-Monate.

**SPD-Fraktion will weitere Verbesserungen für Familien**

Aufgabe der Politik sei es, Eltern Erleichterungen zu verschaffen, damit sie Beruf und Familie partnerschaftlich miteinander vereinbaren können, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Katja Mast. Der Bericht mache deutlich: „ElterngeldPlus und der Partnerschaftsbonus sind dafür die richtigen Instrumente."

Mast betonte, dass im Koalitionsvertrag weitere Verbesserungen für Familien vereinbart seien: zum Beispiel die Erhöhung des Kindergeldes, die Abschaffung des Soli oder ein Recht auf Ganztags-Grundschulbetreuung. Darüber hinaus kämpfe die SPD-Fraktion für die Einführung einer Familienarbeitszeit. „Wir wollen Partnerschaftlichkeit, mehr Zeit für die Familie und gutes Aufwachsen der Kinder gewährleisten."

**Das Wichtigste zusammengefasst: Viele Eltern nutzen seit 2015 das EltergeldPlus. Der Nutzeranteil stieg von 13,8 auf 28 Prozent. Vor allem Väter nutzen es, um mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen**

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB | Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T: 030 – 227 73 071 | F: 030 – 227 76 173 | E: rita.schwarzelühr-sutter@bundestag.de

# Staatsterror in Syrien muss enden

| Die Lage in Syrien spitzt sich immer weiter zu. In der umkämpften Region Ost-Ghouta droht eine humanitäre Katastrophe. Gleichzeitig eskaliert im Norden des Landes der Konflikt mit der Türkei. Der Bundestag hat am Donnerstag über die aktuellen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten diskutiert.

400.000 Zivilisten sind derzeit in der von Rebellen kontrollierten syrischen Region Ost-Ghouta nahe der syrischen Hauptstadt Damaskus eingeschlossen. Seit mehreren Tagen bombardiert die syrische Regierung das Gebiet und damit vor allem die eigene Bevölkerung. Es sei eine humanitäre Katastrophe, sagte der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Niels Annen, in der Bundestagsdebatte. „Dieser Staatsterror muss enden." Die internationale Gemeinschaft müsse mit ihrer Reaktion dafür sorgen, dass das Kalkül von Diktator Assad nicht aufgehe. Er sieht hier vor allem Russland und Iran in der Pflicht: „Alle, die diese menschenverachtende Politik von Assad unterstützen, tragen eine Verantwortung."

**Unvorstellbare Not**

Vor einer weiteren Eskalation steht zudem der Nordwesten Syriens. Hier rückt die Türkei immer weiter vor und kämpft gegen die Kurdenmiliz YPG, die sich mit der syrischen Regierung zusammengeschlossen hat. Es droht damit erstmals ein offener Konflikt zwischen der Türkei und den Truppen der syrischen Regierung. Die kurdische YPG ist zudem ein wichtiger Verbündeter der USA im Kampf gegen die Terrormiliz IS. Das heißt: Das Nato-Mitglied Türkei kämpft in einem Nachbarland gegen Truppen, die von einem anderen Nato-Mitglied, den USA, unterstützt werden. Niels Annen hält das Vorgehen der Türkei für nicht gerechtfertigt und nicht vom Völkerrecht gedeckt. Und er sieht vor allem die Nato in der Pflicht, auf eine Lösung des Konflikts zu drängen. „Wir brauchen jetzt eine politische Initiative innerhalb des Bündnisses."

Gabriela Heinrich, die für die SPD-Fraktion im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sitzt, sagte: „Die Not in der gesamten Region ist unvorstellbar". Die Weltgemeinschaft müsse Unsummen aufbringen, um die notleidenden Menschen in Syrien, im Irak, dem Jemen oder in Jordanien zu versorgen. Wenn die Türkei jetzt die Stadt Afrin im Norden Syriens belagern wolle, nehme sie Hunger, Not und Krankheit von tausenden Menschen in Kauf. Ebenso wie die syrische Regierung mit ihrer Bombardierung von Ost-Ghouta. Für Gabriela Heinrich ist klar: „Die Bombardierung der Zivilbevölkerung muss aufhören, die Belagerung von Städten muss aufhören, die humanitäre Hilfe muss durchkommen."

**Das Wichtigste zusammengefasst: In Syrien droht wieder eine humanitäre Katastrophe und im Norden (Region Afrin) steigt die Kriegsgefahr. Die Bombardements der eigenen Bevölkerung in Ost-Goutha bei Damaskus sind Staatsterror.**

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB | Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T: 030 – 227 73 071 | F: 030 – 227 76 173 | E: rita.schwarzelühr-sutter@bundestag.de

# Aus unserer Region

## Flughafen Mega-Pläne nicht zulasten der deutschen Nachbarn

| Schweizer Medien haben heute übereinstimmend berichtet, dass der Flughafen Zürich eine erhebliche Kapazitätsausweitung plant. Mit der Neugestaltung des Terminals A soll die Passagierzahl von heute 29 Mio. auf bis zu 50 Mio. im Jahr 2030 gesteigert werden.

Für mich steht fest, dass es über deutschem Gebiet keine zusätzlichen Flugbewegungen geben darf. Was die Schweizer ihrer eigenen Bevölkerung zumuten wollen, müssen sie natürlich selbst entscheiden. Für uns in Deutschland ist die Belastungsgrenze bereits deutlich überschritten. Eine Kapazitätsausweitung ist mit uns nicht zu machen.

## Schülerinnen und Schüler der Klassen 10b und 10c des Klettgau-Gymnasiums Tiengen zu Besuch

| Die Schülerinnen und Schüler des Klettgau-Gymnasiums waren für mich die erste Besuchergruppe in diesem Jahr hier in Berlin. Natürlich sind sie in einer spannenden Zeit gekommen. In der gemeinsamen Diskussion haben wir das derzeitige Mitgliedervotum in der SPD thematisiert.

Ich habe den Jugendlichen aber auch von meiner täglichen Arbeit als Bundestagsabgeordnete berichtet und wir haben über Demokratie und Rechtspopulismus gesprochen.

*Foto (Rechte): Wahlkreisbüro WT*

Mir ist wichtig, dass den Schülerinnen und Schülern die Politik und unsere Demokratie näher gebracht werden. Der direkte Austausch mit den Jugendlichen ist dafür ideal und deshalb umso bedeutender. Vielen Dank für den Besuch und die spannende Diskussion an die beiden zehnten Klassen des Klettgau-Gymnasiums!

## Das Land wirft der Bahn „krasse Managementfehler" bei der Bereitstellung von Zugmaterial vor

| Die Leistungen der DB Regio bei der IRE-Neigetechniklinie Ulm-Singen-Basel entsprechen in weiten Teilen nicht den vertraglich definierten Anforderungen. Das hat der zuständige Ministerialdirektor Dr. Uwe Lahl auf eine Anfrage des Lörracher SPD-Landtagsabgeordneten Rainer Stickelberger zu den seit Jahren anhaltenden Mängeln auf der Hochrheinbahn geantwortet. Damit ist nun auch amtlich bestätigt, was viele Bahnreisende und Berufspendler in Sachen Kapazität, Pünktlichkeit und Sauberkeit täglich auf der Hochrheinstrecke erleben.

Bahnexperten stimmen darin überein, dass ein spürbarer Qualitätssprung erst mit einer Elektrifizierung der Hochrheinstrecke machbar sei. Mit einem nationalen Elektrifizierungsziel von 70 Prozent

bis 2025 kann der neue Koalitionsvertrag dem Projekt zusätzlichen Rückenwind geben, bin ich mir sicher.

**Appell an die Landesregierung:**
„Wer von den Mitteln profitieren will, muss mit seiner Planung fix sein. Es darf auf keinen Fall die Situation entstehen, dass es aus dem Bund kräftig Geld gibt und das grüne Verkehrsministerium wegen Planungsstau mal wieder nicht zugreifen kann."

"Während das Landesverkehrsministerium die DB geradezu abklatscht, bleiben die Aussagen zu den konkreten Aktivitäten des Landes, um diese Missstände abzustellen, leider mehr als vage", kritisiert Stickelberger. Die Antworten seien entweder ausweichend und unvollständig oder es werde deutlich, dass das Land der DB vertragsabweichende Zugeständnisse gemacht habe, damit überhaupt Züge zu den vereinbarten Zeiten fahren können. Besonders ärgerlich ist aus Sicht Stickelbergers die kontinuierliche Verschlechterung der Pünktlichkeitswerte auf der Strecke. „Es kann nicht sein, dass derjenige, der in Basel den Anschlusszug erreichen muss, auf der Hochrheinstrecke zur Sicherheit einen Zug früher fahren muss", so der Lörracher SPD- Landtagsabgeordnete.

Um die Situation zu verbessern, hatten die Bahn und die Landesregierung bereits für 2016 die Beschaffung von modernerem Zugmaterial angekündigt. Diese Züge sind jedoch bis heute nicht in den Einsatz gelangt. Das von den Grünen seit sieben Jahren geführte Verkehrsministerium macht hierfür nun „krasse Managementfehler der DB" verantwortlich. Da sich die DB Regio 2017 vor allem auf die Vermeidung von Zugausfällen konzentriert habe, sei außerdem offensichtlich versäumt worden auf andere Anforderungen zu achten. Im gesamten Neigetechnik-Netze wurden deshalb die Grenzwerte für Sauberkeit deutlich verfehlt. Nicht vergessen darf man auch, dass der schweizer S-Bahn Vorfahrt auf der deutschen Strecke zwischen Erzingen und Schaffhausen genießt.

Angesichts dieses Schwarzen Peter Spiels kann ich den Frust der Bahnkunden sehr gut nachvollziehen. Auch mir ist es inzwischen völlig egal, ob nun Verkehrsminister Hermann als Besteller oder die Deutsche Bahn als Dienstleister für diese Misere verantwortlich ist. Den andauernden Versprechungen müssen nun einfach mal Taten folgen.

Dass es die Bahn auch besser kann, beweist sie übrigens auf der Stecke Tübingen-Pforzheim. Ebenfalls mit Dieseltriebwagen erreicht man dort seit vielen Jahren sehr gute Pünktlichkeitswerte. Solche Ergebnisse wünschen wir uns SPD-Abgeordnete auch für die Hochrheinbahn.

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB | Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T: 030 – 227 73 071 | F: 030 – 227 76 173 | E: rita.schwarzelühr-sutter@bundestag.de

Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre
Rita Schwarzelühr-Sutter

## Kontakt


**Abgeordnetenbüro Berlin:**

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T: 030 – 227 73 071
F: 030 – 227 76 173
E: **rita.schwarzeluehr-sutter@bundestag.de**

**Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:**

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22
79761 Waldshut-Tiengen
T: 07751 – 91 76 881
F: 07751 – 91 76 882
E: **rita.schwarzeluehr-sutter.wk@bundestag.de**

**Home:** **www.schwarzelühr-sutter.de**
**Facebook:** **facebook.com/schwarzeluehrsutter**
**Twitter:** **twitter.com/rischwasu**
**Instagram:** **instagram.com/rischwasu/**